

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	60. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	8. April 2014, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

10.

Punkt 8 der Tagesordnung: Investitionsbedarf (Gesamtliste) 2015 - 2025
Vorlage: 2014/0474

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen zum Investitionsbedarf für die Jahre 2015 bis 2025 zur Kenntnis und stimmt der weiteren Vorgehensweise zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 8 zur Behandlung auf:

Damit löst die Verwaltung ein weiteres Versprechen ein, sich einmal einen Überblick über die aus unserer Sicht notwendigen Investitionsmaßnahmen zu Projekten zu verschaffen, von denen wir als Verwaltung davon ausgehen, dass sie mehr oder minder unausweichlich sind. Es ist der Versuch, diese verschiedenen Investitionsmaßnahmen auf der Zeitachse bis 2025 darzustellen und entsprechende grundsätzliche strukturelle Deckungslücken aufzuzeigen, was in einer sehr übersichtlichen Weise gelungen ist und wofür ich ausdrücklich der Kämmerei, aber auch allen zuarbeitenden Ämtern und Dezernaten ganz herzlich danken möchte.

Ich freue mich sehr, dass wir uns vorab verständigt haben, jetzt nicht der Versuchung zu erliegen, im Vorfeld der Kommunalwahl die politische Debatte über Priorisierungen, Gegenpriorisierungen zu führen. Es sollte eine Informationsvorlage sein, eine Darstellung, die sowohl Sie im Moment, als auch den zukünftigen Gemeinderat darauf vorbereitet, welche Fragen sich im Rahmen der alle zwei Jahre stattfindenden Haushaltsaufstellung ergeben. Gleichzeitig wollen wir uns von Ihnen auf der einen Seite die Beauftragung der Einnahmeverbesserung, der Ausgabensenkung abholen, aber auch der klaren politischen Absichtserklärung, dass eine Kommune auf Dauer überfordert sein wird, wenn alles, was wir an öffentlichen Aufgaben wahrzunehmen haben, bei gleichbleibender Einnahmeseite so weiter zu erbringen ist. Das wird in den entsprechenden Zeitdarstellungen unserer Einnahmen- und Ausgabensituation doch sehr deutlich.

Wir haben beim Zusammentragen der Informationen auch feststellen können, dass wir im überwiegenden Teil des Haushaltes in der Lage sind, vermögenserhaltende und stabilisierende Grundstücke an Finanzierung für Instandsetzungen und Sanierungen bereitzustellen. Wir haben auch festgestellt, dass das aber nicht durchgängig so ist. Auch das sind möglicherweise Hinweise, die wir bei der nächsten Haushaltsaufstellung zu berücksichtigen haben. Wir haben auch in der Gesamtaufstellung deutlich gemacht, dass wir alle zwei Jahre in einer sehr verantwortlichen Weise gemeinsam überlegen und uns auch entscheiden müssen, welche Priorisierungen wir dann konkret in die nächsten zwei Jahre einer Haushaltsaufstellung ansetzen. Welche Investitionen beginnen wir, mit allem, was es dann auch an Nachfolgewirkungen mit sich bringt? Mit welchen Investitionen warten wir gegebenenfalls aber auch noch eine gewisse Zeit ab?

Ich darf an dieser Stelle um Bestätigung und Kenntnisnahme der entsprechenden Investitionsbedarfe, die sicherlich noch nicht für alle Zeiten vollständig sein können, bitten. Ich darf auch um die Bestätigung der Selbstbeauftragung und damit für Sie auch politischen Beauftragung der Verwaltung in den verschiedenen Richtungen der Verbesserung der Einnahme-, der Ausgabenseite und auch der entsprechenden Mitfinanzierung bitten. Wir werden Ihnen darüber dann natürlich auch, an den konkreten Projekten ausgerichtet, regelmäßig Bericht erstatten.

Das von meiner Seite zur Einführung. Ich habe kein Problem damit, dass das öffentlich ist. Ich hatte auch immer angekündigt, dass wir das einmal in einer Strukturkommission miteinander diskutieren - das haben wir Ende Januar gemacht -, und dass wir es dann auf Grundlage dieser Diskussion hier dem Gemeinderat und damit der Öffentlichkeit vorlegen. Das war auch nie anders geplant. Damit wird es auch für die Bevölkerung transparent, was es hier für Aufgabenstellungen gibt. Die Bevölkerung hat noch einmal die Möglichkeit, aufgrund dieser Liste eigene Priorisierungen vorzunehmen und dann auch mit den verschiedenen Vertreterinnen und Vertretern des Gemeinderates in eine transparente und kritische Diskussion zu treten.

Stadträtin Luczak-Schwarz (CDU): Natürlich nehmen wir die Vorlage zur Kenntnis. Aber es seien noch ein paar allgemeine Anmerkungen erlaubt.

Karlsruhe steht gut da. Ich denke, das können wir mit Stolz sagen. Wir haben die Verschuldungsquote in den letzten 15 Jahren sukzessive zurückgefahren. 1998 lagen sie noch bei über 1.000 € pro Kopf und Ende 2014 - so zeigt die Prognose - knapp unter 400 € pro Kopf. Bei all diesen Kämmereihaushalten ist es uns immer gelungen, die erforderliche Zuführungsrate für unsere Investitionen zu erwirtschaften. Das war nicht immer leicht. Da waren wir auch sehr stolz. Das hat uns stark gemacht.

Es hat uns stark gemacht, dass sich in der Bundesrepublik in den letzten Jahren eine sehr gute Wirtschaftslage gestaltet hat und noch nie so viel Geld in die Kassen, sei es Bund, Land oder Kommunen, geflossen sind. Wir haben davon profitiert. Das zeigt das Jahresergebnis 2012 und 2013. Wir mussten nicht die eigentlich zugesagten Schulden aufnehmen, die wir bei der Haushaltsaufstellung beschlossen hatten.

Dies wird in Zukunft anders werden, denn ab 2020 werden auch die Kommunen - nicht nur das Land und der Bund - das Thema Schuldenbremse zu beachten haben. Das

zwingt uns zu Ehrlichkeit. Das haben wir sehr früh gemerkt und haben als CDU-Fraktion sehr früh gesagt, wir müssen jetzt einen längeren Zeitraum betrachten. Wir brauchen eine Gesamtübersicht der anstehenden Investitionsmaßnahmen in einem Zeitraum von 10 Jahren. Diese liegt nun vor. Deswegen zunächst einmal ein großes Dankeschön. Natürlich hätten wir sie gerne früher gehabt. Sie war auch schon Ende des Jahres 2013 zugesagt. Natürlich können jetzt keine Entscheidungen - Sie hatten es gesagt, Herr Oberbürgermeister - über einzelne Projekte gefällt werden. Das ist hier nicht der richtige Zeitpunkt, sondern das wird dann bei der Aufstellung des Doppelhaushalts gemacht werden müssen. Aber wir haben uns natürlich auch intensiv mit dem anstehenden Investitionsvolumen, was immerhin über 2 Mrd. € umfasst, zu beschäftigen. Der neue Gemeinderat, der dann im Juli konstituiert wird, wird sich in den kommenden fünf Jahren intensiv mit dem Thema "Wünschenswert und notwendig" auseinandersetzen haben.

Ein Jurist spricht oft von unbestimmten Rechtsbegriffen. "Wünschenswert" und "notwendig" passt nicht direkt zu unbestimmten Rechtsbegriffen, aber es sind unbestimmte Begrifflichkeiten. Sie bedürfen einer Definition. Insofern wird in diesem Hause die Prioritätensetzung im Rahmen der Definition sehr unterschiedlich sein.

Wir halten es für wichtig und richtig, dass die angestoßene Haushaltskonsolidierung fortgeführt wird. Das wurde uns auch in der Strukturkommission zugesagt. Es ist eine Daueraufgabe für eine Verwaltung, sich ständig auf den Prüfstand zu stellen und zu konsolidieren. Wir halten genauso die Daueraufgabe für erforderlich, stets vom Land und vom Bund die Einhaltung des Konnexitätsprinzips einzufordern und auch die Verantwortung für gesamtgesellschaftliche Aufgaben, Stichwort: Kinderbetreuung, Eingliederungshilfe, einzufordern.

Ich sage es hier ganz bewusst, weil das unsere größten "Kostentreiber" im Kernhaushalt sind. Da sind einmal die Personalkosten, bedingt durch diese ganz wichtigen gesellschaftlichen Aufgaben, als auch im Bereich Jugend und Soziales. Wir dürfen natürlich Bund und Land nicht aus der Verantwortung entlassen. Deswegen begrüßen wir die Prüfaufträge aus der Strukturkommission, die sich intensiv mit Möglichkeiten beschäftigen, auch mit Möglichkeiten, diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe als auch Konnexitätsprinzip einzufordern.

Ich sage es ganz bewusst heute hier, weil das jetzt auch in der Zeitung und auch in Kommentaren zu lesen war: "Es gibt so günstige Kredite. Deswegen können wir Kredite aufnehmen. Wir stehen doch so gut da." - Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, da sagen wir: Vorsicht. Denn wir wissen nicht, wie sich die Situation gestaltet und ob der Kreditzins in fünf oder sechs Jahren genauso niedrig ist wie jetzt. Insofern kann das ein böses Erwachen geben. Wir denken da als CDU-Fraktion eher wie die schwäbische Hausfrau, die sagt: Es ist besser, am Ende des Monats noch etwas Geld in der Börse zu haben, als nichts schon Mitte des Monats. Wir werden auch im Hinblick auf die Generationsverantwortung unseren Kindern und Enkelkindern gegenüber hier ein großes Augenmerk darauf legen.

Alle Investitionen müssen abgewogen werden. Sind sie rentierlich? Sind sie wünschenswert? Das wird eine spannende Diskussion sein. Die CDU-Fraktion wird sich auch

in der kommenden Wahlperiode dieser Diskussion stellen. Insofern noch einmal Danke für die Übersicht. Es zeigt auch den Bürgerinnen und Bürgern, dass hier mit Weitsicht gearbeitet wird, dass an alles gedacht wird. Ich denke, es ist den Bürgerinnen und Bürgern auch wichtig zu sehen, dass wir die Gesamtstadt im Auge haben. Insofern vielen Dank für die Zusammenstellung.

(Beifall bei der CDU)

Stadträtin Lisbach (GRÜNE): Es war und ist uns ein großes Anliegen, dass wir mit diesem Gesamtüberblick über die im Raum stehenden Investitionen an die Öffentlichkeit kommen und hier auch eine öffentliche Diskussion führen. Denn wir meinen, dass das dringend notwendig ist, um die Prioritäten, die wir hier setzen, einordnen zu können. Wir hätten uns gewünscht, dass diese Liste schon kam, bevor wir über Theater und Stadion die mit entscheidenden Debatten geführt hätten. Aber besser spät als nie. Auch wir bedanken uns, dass das heute auf dem Tisch liegt.

Aktuell ist scheinbar ausreichend Geld da. Das hat Frau Kollegin Luczak-Schwarz gerade angesprochen. Das führt natürlich auch dazu, dass es Begehrlichkeiten weckt und dann immer mehr Wünsche in den Raum gestellt werden, was wir uns noch alles leisten können und wollen. Wenn man sich diese Gesamtschau anschaut, ergibt sich doch ein etwas anderes Bild. Sehr auffällig ist, dass wir ganz viele Pflichtaufgaben haben und auch Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge, die sehr wenig Spielraum übrig lassen für Wünschenswertes. Ich denke da an die Investition in Schulen und Kitas, die weiterhin auf sehr hohem Niveau erforderlich sind. Da sind wir uns im Haus alle einig.

Es gibt auch Investitionen, wie eben die großen Investitionen in der Altbausanierung für das Städtische Klinikum. Beim Neubau für das Städtische Klinikum wird man sich auch überlegen müssen: Muss die Stadt einen Beitrag zahlen? Es gibt die Feuerwache, an der wir nicht vorbei können. Lauter Sachen, die einfach Pflichtaufgaben sind und für die es hier im Haus zum Glück auch Konsens gibt.

Dann gibt es den Sozialen Wohnungsbau. Jetzt haben wir auch in weiten Bereichen Konsens. Da ist hier in dieser Liste mit den 30 Mio. € eigentlich noch viel zu wenig eingestellt. Ich glaube nicht, dass wir mit den 30 Mio. € hier wirklich ausreichend weiterkommen. Da ist aus unserer Sicht noch mehr erforderlich.

Dann sind hier - das wird auch sehr deutlich - ganz hohe Sockelbeiträge für die ständigen notwendigen Instandsetzungen von Straßen, von öffentlichen Gebäuden, um die wir nicht herum kommen, weil wir uns einen Sanierungsstau nicht erlauben und leisten können und das natürlich auch nicht wollen.

Obwohl diese Auflistung eigentlich so wenig Neues und Überraschendes enthält, wird doch eines deutlich, das schreibt die Verwaltung dankenswerter Weise auch: In diesem Zeitraum bis 2025 ist eine vollständige Finanzierbarkeit nicht gegeben. Es wird auch gar nicht möglich sein, nicht mit dem Personal und den Kapazitäten, die wir haben, das alles abzuarbeiten. Wir teilen diese Einschätzung. Deswegen muss man sich jetzt dringend und auch frühzeitig Gedanken machen, wie wir mit dieser Situation umgehen. Wir müssen Prioritäten setzen. Das ist natürlich nichts Neues. Im Einzelfall fällt es dann

aber doch oft leider schwer. Wir müssen aus unserer Sicht auch nach Alternativen suchen. Wo muss man vielleicht nicht gleich mit einem Neubau kommen? Wir haben uns auch zum Stadion klar positioniert. Für uns ist Umbau und Modernisierung hier eine Alternative. Wir sind auch dafür, dass man Dinge modulweise umsetzt in in sich funktionierenden Modulen. Das ist der Weg, den wir beim Staatstheater vorgeschlagen haben, so dass man nach Haushaltslage dann dynamisch reagieren kann.

Natürlich wollen wir auch die allgemeine Konsolidierung weiter mittragen und voranbringen. Aber wir wollen auch ganz genau hinschauen, wo man vielleicht auch schon zu viel gemacht hat. In manchen Teilbereichen der Stadtverwaltung - haben wir den Eindruck - ist man mit den Stelleneinsparungen schon zu weit gegangen. Das ist dann auch nicht mehr effizient und auch nicht mehr sinnvoll und einfach auch eine zu große Belastung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Natürlich wird man sich auch - das steht auch in der Verwaltungsvorlage - über die Einnahmesituation Gedanken machen müssen. Auch das wird Teil dieser Gesamtdiskussion sein.

Ergänzend zu dem, was in der Verwaltungsvorlage steht, haben wir noch drei Punkte, die uns wichtig sind mitaufzunehmen:

Das eine ist, es muss vor jedem größeren Projekt oder vor den eigentlichen Investitionen eine Folgekostenbetrachtung erfolgen. Wir müssen wissen, was auf uns zukommt, wann sich manche Projekte amortisieren. Auch das ist eine wichtige Information, dass man mit mancher Investition auch Betriebskosten senken kann. Wir müssen aber auch wissen, wenn wir über große Investitionen entscheiden, was die noch an zusätzlichen laufenden Kosten mit sich bringen. Was heißt es über die nächsten Jahrzehnte, weil das manche Investitionen durchaus in ein anderes Licht rückt.

Der zweite Punkt, den wir ergänzen möchten: Wir finden diesen Ansatz eines dynamischen Haushalts, den wir auch schon in der Strukturkommission diskutiert hatten, sehr interessant und möchten, dass er mit in diese Prüfliste aufgenommen wird. Dynamischer Haushalt heißt, dass wir uns schon bei der Aufstellung des Haushalts eine gewisse Flexibilität vorbehalten, d. h. wenn Ende des Jahres, was durchaus häufig passiert, mehr Geld da ist, als uns von der Verwaltung vorher prognostiziert wurde, wir dann auch sagen, das sind Projekte, die möchten wir gerne. Die können wir dann umsetzen, wenn ausreichend Geld da ist. Das wäre uns wichtig. Man sollte auch einmal schauen, wie das andere Städte machen, was es da für Möglichkeiten und Erfahrungen gibt.

Als drittes wünschen wir uns noch als zusätzlichen Prüfauftrag, dass eine Benchmark-Betrachtung erfolgt, wo dies möglich ist, dass man auch da einmal schaut: Wo sind die Standards in den anderen Städten? Wie läuft es da? Wo sind wir vielleicht mit unseren Standards eher zu hoch? Es kann sein, dass wir das wollen, aber man soll sich vielleicht einmal darüber Gedanken machen. Wo sind wir vielleicht aber auch unter dem, was andere machen? Wo haben Kommunen vielleicht auch bessere Lösungen, die zum gleichen Ergebnis führen, aber mit weniger Kosten realisierbar sind?

Insgesamt sehen wir, dass es für das Sparen oder den Umgang mit Investitionen kein Patentrezept gibt. Da ist eine differenzierte Vorgehensweise notwendig. Ich möchte aber an der Stelle noch einmal darauf hinweisen, diese sehr begrenzten Spielräume

kommen zum Teil auch daher, dass schon einige Großprojekte gegen unseren Wunsch hier beschlossen wurden. Diese hohen Folgekosten werden uns durchaus in den nächsten Jahren und Jahrzehnten noch erheblich belasten und die Spielräume weiter einengen. Da ist natürlich die Messe mit ihren 13 Mio. € jährlich zu nennen. Da wird natürlich auch die Kombilösung mit mindestens 20 Mio. € jährlich - leider haben wir auf unsere Anfrage hin noch keine aktuellen Zahlen bekommen, aber wir gehen davon aus, dass es noch einmal deutlich mehr wird - eine wichtige Rolle spielen. Dieses Geld fehlt uns einfach jedes Jahr schmerzlich, durchaus auch bei uns wichtigen Projekten.

Es zwingt uns aber - wir müssen auch nach vorne schauen - über die zukünftigen Investitionen, die nicht unmittelbar der kommunalen Daseinsvorsorge dienen, sehr genau nachzudenken. Wenn wir jetzt die Liste sehen, ist da nicht mehr so viel dabei.

Wir denken, dass man beim Zookonzept sicher noch die eine oder andere Investition hinterfragen kann, weil es uns in der Priorität mehr um den Tierschutz als um ein tolles Elefantenhaus geht.

Bei den Bädern möchten wir natürlich investieren. Aber da kann man sich vielleicht auch überlegen: Was machen wir? Wie machen wir es? Was können wir uns leisten, auch wenn manches wünschenswert ist? Aber natürlich wollen wir die Investitionen in den Bädern auf keinen Fall grundsätzlich in Frage stellen.

Bei der Gartenhalle fragen wir uns, ob die geplante Umnutzung die optimale Lösung ist. Auch da sollte man sich vielleicht über Alternativen Gedanken machen.

Es gibt dann noch einige Projekte im zweistelligen Bereich, die wir durchaus für wünschenswert halten, wo wir aber denken, das sind Bereiche, da muss man schauen, was man sich erlauben kann. Wenn das Geld da ist, dann geben wir es auch gerne dafür aus. Aber es ist einfach auch nicht alles gleichzeitig, vor allem nicht in den nächsten 10 Jahren, möglich.

Für uns ist und bleibt der nachhaltige Umgang mit Haushaltsmitteln eine ganz wichtige Verpflichtung, auch für zukünftige Generationen. Wir wollen unseren Kindern keine Schuldenberge hinterlassen. Der Verweis allein auf die Verschuldung im Kernhaushalt reicht einfach nicht. Das ist natürlich ein relativ geringer Betrag. Aber der Hauptbetrag liegt bei den städtischen Gesellschaften mit über 900 Mio. €. Da ist die Tendenz - es gibt gute und schlechte Schulden - ganz klar steigend. Da müssen wir uns wirklich Gedanken machen. Insbesondere sind wir auch besorgt um die Entwicklung der KVVH-Gruppe, die in den nächsten Jahren schon mit zweistelligen Millionendefiziten rechnet. Das heißt, da wird die Stadt zuschießen müssen, spätestens wenn die Kombilösung in Betrieb geht und es dann in den Bilanzen auftaucht. Wir kommen nicht drumherum, dass die Stadt hier ziemlich hohe Beträge zuschießt.

Aus unserer Sicht sind weiterhin große Anstrengungen nötig, um ein strukturelles Defizit zu vermeiden. Wir werden uns in vielen Bereichen auf das Notwendige konzentrieren müssen. Bei den Wünschen werden wir einfach sehr genau hinsehen, was wir uns leisten können und was nicht. Aber wir werden uns natürlich - so hoffe ich doch - auch den einen oder anderen Wunsch erfüllen können. Das Thema wird uns weiter beschäf-

tigen. Natürlich werden wir auch in der Haushaltsstrukturkommission weiter diskutieren. Wir haben auch immer wieder die Haushaltsberatungen, wo wir uns auseinandersetzen. Wir können dem dargestellten Vorgehen so zustimmen mit den genannten zusätzlichen Prüfaufträgen und sind gespannt auf die weitere Diskussion und auch auf die Entwicklung in den nächsten Jahren und Jahrzehnten.

(Beifall bei den Grünen)

Stadträtin Baitinger (SPD): Auch die SPD-Fraktion möchte sich zunächst bedanken für die vorgelegte Liste, in der in geronnener Form sehr viel Arbeit steckt. Denn diese Zahlen müssen alle erst einmal erarbeitet, die Projekte überschlägig geschätzt, die Kosten durch die Durchschnittsjahresinvestitionsraten ermittelt, die Deckungsraten abgeschätzt und die Zuschüsse ermittelt werden. Das macht man nicht gerade mit links am späten Abend.

Deshalb ist auch jeder zusätzliche Prüfauftrag genau zu hinterfragen, wie etwa die Ermittlung von Folgekosten von Projekten, die nicht kostenkontrolliert sind. Ich würde mich für meine Fraktion eindeutig dagegen aussprechen wollen. Ich will nur dort Kosten ermitteln, wo Kosten schon überschaubar und planbar ermittelt werden können. Bei den Neuinvestitionen finden wir sie aus genau diesem Grunde in jedem Doppelhaushaltsentwurf auch für die dann wirklich durchkalkulierten und vorgeschlagenen Projekte.

Das sind Projekte, die hier in dieser Liste stehen - zum Teil noch mit der Bemerkung "Kosten noch nicht ermittelbar" - oder Projekte, wie z. B. die Brücke über die Hafeneinfahrt, die durchaus wünschenswert sind und schon lange zu den Karlsruher Wunschprojekten gehören, aber nun eher für die Zeiten mit sehr vollen Kassen oder sehr großzügiger Sponsoren gedacht sind. Das wäre die andere Lösung. Bei solchen Projekten heute Folgekosten zu ermitteln, wäre vertane Arbeitszeit und insofern auch ineffizient und eine Ressourcenverschwendung.

Denn was heißt denn nachhaltiger Umgang mit Geld für die SPD-Fraktion? Es heißt nicht, dass wir keine neuen Schulden machen dürfen, sondern es heißt, dass wir mit der Investition so viel an Wohlstand neu generieren in dieser Stadt, dass damit die Schulden sinnvoll getilgt werden können. Dieser Wohlstand kann erzeugt werden durch das Wohlbefinden der Bürger, weil sie eine ordentliche Gesundheitsfürsorge haben. Deshalb stehen der Neubau des Klinikums und die Sanierung des Klinikums für uns außer Frage. Die Wohlstandsmehrung kann aber auch sein, dass die gesamte Abwasserentsorgung funktioniert, ein Bereich, in dem Jahr für Jahr sehr viel Geld investiert wird, wenn wir hier in die Zahlen schauen, um die 100 Mio. € in wenigen Jahren, die nie in die politische Diskussion kommen. Glücklicherweise und zu Recht, denn sie sorgen für die Grundlagen einer hygienischen Lebensführung, einer Gesundheitsvorsorge. Sie sind für die städtische Infrastruktur von nicht hoch genug zu schätzendem Nutzen.

Wir haben in unserer Liste natürlich auch etwas schönere Projekte, die wir gerne haben wollen. Die Prioritätensetzung dieser ist die klassische Aufgabe der Kommunalpolitik. Es ist nicht in erster Linie die Aufgabe des Gemeinderates, sondern die Aufgabe der politischen Parteien zu sagen, für uns steht dieses Projekt an vorderster Stelle und für uns

steht jenes an vorderster Stelle. Die Mehrheitsentscheidungen trifft im Rahmen des Doppelhaushalts dann der Gemeinderat. So funktioniert es hier normalerweise.

Jetzt haben wir eine Liste, aus der wir uns Projekte aussuchen können. Aber selbstverständlich ist die Fantasie der Stadträtinnen und Stadträte damit noch nicht begrenzt. Es können jederzeit neue Projekte auftauchen. Oder es kann auch etwas anderes passieren.

(Stadtrat Ehlgötz/CDU: Es wird uns schon noch etwas einfallen!)

Bisher waren wir uns glücklicherweise in diesem Hause an vielen Stellen einig, was Schulen angeht, was Kinderbetreuung angeht, was die Förderung der Sportvereine angeht. Damit ist schon ein gewaltiger Sockel gestemmt. Wenn wir hier schauen, 60 % sind Projekte, 40 % - über 800 Mio. € - sind die so genannten Sockelbeiträge in diesen 11 Jahren. Das ist schon ein ordentlicher Betrag. Das ist praktisch das Unumstrittene, was wir immer wollen. Wir sind damit fast schon an der Kapazitätsgrenze dessen, was die Stadtverwaltung leisten kann, denn in dieser Einschätzung stimme ich mit den Vorednerinnen absolut überein. Es sind nicht nur die Finanzmitteln, die uns zur Verfügung stehen, es ist auch das Personal, die Menschen, die bei der Stadt arbeiten. Es können in endlicher Zeit nur endlich viele Dinge umgesetzt werden. Wenn man mehr will, muss man sich überlegen, wie man zukaufft oder ob man mehr Personal einstellt. Beides hat dann wieder an anderen Stellschrauben des Haushalts logischerweise Folgewirkungen.

Auch die Generationengerechtigkeit wird sehr häufig genannt in Zusammenhang mit nachhaltigem Wirtschaften. Aber Generationengerechtigkeit bedeutet nicht, dass ich eine volle Kasse hinterlasse, sondern eine funktionierende Infrastruktur. Darauf müssen wir in allererster Linie achten, denn es nützt unseren Kindern und Enkeln wenig, wenn sie über holprige Straßen fahren, wenn sie keinen öffentlichen Nahverkehr mehr haben, wenn die Schulen verrottet sind und wenn die Freizeit nicht mehr mit adäquaten Mitteln gestaltet werden kann.

Deshalb muss auf lange Sicht gesehen werden, was wir investieren. Es muss dem volkswirtschaftlichen Nutzen der ganzen Stadt dienen. Da wird man natürlich beim einen oder anderen Projekt unterschiedliche Schwerpunkte haben, sonst bräuchten wir keine unterschiedlichen Parteien. Aber darüber sollten wir streiten in diesem Hause und nicht immer nachkappen, was man schon immer besser gewusst hat.

Sicherlich werden auch wir sehr interessiert daran sein, einen dynamischen Haushalt aufzustellen. Wobei unser Haushalt eigentlich immer dynamisch war. Man hat sich immer zurückgenommen, man kennt das Instrument des Sperrvermerks. Mal wurden Dinge auf die lange Bank geschoben, mal wurden Dinge dann doch beschleunigt, wenn sie plötzlich wichtig waren, wie Investitionsentscheidungen. Ich nenne jetzt gerade einmal etwas aus unserer Vergangenheit: Der dm-Markt will irgendwo hin, dann macht man das möglich, auch wenn es ein paar Euro aus dem städtischen Haushalt kostet. Diese Flexibilität haben wir immer. So furchtbar neu ist das nicht. Aber wenn man das systematisiert, noch überschaubarer, noch transparenter macht, so ist es durchaus auch in unserem Sinne.

Ich bin auch gespannt, welche Projekte dann in den nächsten Jahren - vor allem im nächsten Doppelhaushalt - angegriffen werden, denn die Haushaltsreste, die wir inzwischen produzieren, sind doch enorm. Nach Aussage der Kämmerei in der Strukturkommission haben wir eigentlich keinen Spielraum mehr für neue Projekte. Das Haushaltsrecht liegt bei uns. Aber das bedeutet, wenn man Neues will, muss man den Haushalt ausweiten.

Zu einem Thema wollte ich noch ein Wort verlieren, denn es liegt auch der SPD-Fraktion sehr am Herzen. Das ist die Frage des Sozialen Wohnungsbaus. In der Tat, 30 Mio. € hört sich nicht viel an. Aber der Soziale Wohnungsbau, der Wohnungsbau überhaupt, ist eigentlich keine kommunale Aufgabe. Die Herstellung gleicher Lebensverhältnisse im ganzen Bundesgebiet und den Wohnungsbau überall zu fördern, ist eine originäre Bundesaufgabe. Die Aufgabe des Sozialen Wohnungsbaus Ende der 80er Jahre und die Aufgabe der steuerlichen Privilegierung der Wohnungsbaugenossenschaften als gemeinnützig war ein ganz großer Fehler und belastet heute vor allem die Kommunen in den Wachstumsregionen. Hier müssen wir auf alle Fälle auf die Bundespolitik einwirken, um eine nachhaltige Entlastung beizubringen. Denn wir werden es auf Dauer nicht aus dem kommunalen Haushalt leisten können, in notwendigem und wünschenswertem Maße diese Projekte zu finanzieren. Deshalb mein Appell hier auch an die Bundespolitik, an unsere Abgeordneten in Berlin, dass wir uns hier aktiv einbringen.

Wir werden der Liste und dem Vorgehen so zustimmen. Ich habe es schon angedeutet. Wir wünschen so viel wie möglichen Projekten so großen wie möglichen Erfolg.

(Beifall bei der SPD)

Stadtrat Hock (FDP): Zuerst einmal ist festzuhalten, dass Herr Oberbürgermeister uns die Liste vorgelegt hat, wie wir es eingefordert haben. Man muss natürlich auch einmal sehen, dass viele Dinge auf dieser Liste auch aus unserem Haus gewünscht und von uns selbst eingebracht wurden. Diese Dinge, die hier aufgelistet sind, sind vielemal Dinge, die man sich gut vorstellen kann, wo wir aber noch gar nicht wissen, wie wir das im Endeffekt finanziert bekommen. Es sind aber Dinge drin, wie z. B. der Soziale Wohnungsbau, was angesprochen wurde, wo man dann natürlich schon genau hinschauen muss. Da sehen wir das genauso wie Sie. Es muss gemacht werden. Da sind wir völlig Ihrer Meinung.

Es gibt aber Dinge, die jetzt die GRÜNE-Fraktion angesprochen hat: Man will das Stadion nicht oder nur eine grobe Renovierung. Das sind aber Dinge, wo wir als FDP-Fraktion sagen -dazu stehen wir auch- wir wollen einen Neubau. Aber es gibt auch Dinge, wo man schon hinterfragen muss: Muss man das tun? Wenn ich den Schienenverkehr anschau und wenn ich sehe, wie die Bebuschung der Fahrzeuge ist, dann muss man sich schon einmal die Frage stellen, ob es nicht Sinn macht, auch in diesem Punkt einmal zu schauen, ob man nicht Fahrzeuge länger benutzt, weil es uns immer schwerer fällt, diese zu finanzieren, ohne die nötigen Zuschüsse dafür zu haben. Das sind alles Punkte, die wir uns dann wirklich anschauen müssen, wo wir auch sagen müssen, das sind Dinge, die kann man dann in Zukunft vielleicht so nicht mehr machen.

Stellschrauben des Haushaltes: Wir selbst sind die Stellschrauben des Haushaltes. Wir haben die Stellschrauben in der Hand. Wir selbst können hoch- und runterdrehen. Wir haben dann die Verantwortung, was in dieser Stadt passiert.

Die Verwaltung hat aufgezeigt, wie sie dann in den nächsten Jahren diese Dinge angehen möchte. Unter einem Spiegelstrich steht hier: "Die Verwaltung untersucht, welche Fördermöglichkeiten im Allgemeinen und in Bezug auf die konkreten Investitionen für Kommunen von EU, Bund, Land und sonstigen Stellen angeboten werden." Man muss sich in Zukunft genauer anschauen, wo wir Gelder herbekommen. Denn alles, was wir uns hier wünschen, ist meines Erachtens überhaupt nicht umsetzbar.

Was natürlich auch einmal gesagt werden muss: Wir schaffen auch etwas mit dem, was wir für diese Stadt ausgeben werden. Wir nehmen nicht nur Kredite auf oder Geld in die Hand und tun Dinge, wo wir sagen, wir haben kein Geld dafür. Man muss im Gegenzug auch sehen, wenn wir das umgesetzt haben, haben wir auch Werte geschaffen. Das muss man natürlich auch einmal fairnesshalber dazu sagen.

Es gibt Dinge, die sind einfach nicht von uns beeinflussbar. Die können wir nicht verändern, so wie ich eben gesagt habe, und an der Stellschraube drehen. Wenn man sich die Schulen anschaut, das sind Dinge, die müssen gemacht werden. Das sind Fakten, davor können wir uns nicht verschließen. Von daher sind viele Dinge drin, die man einfach mitgehen muss, wie jetzt auch die Altbausanierung des Klinikums. Da haben wir - das muss man ganz ehrlich sagen - in den letzten Jahren etwas weniger darauf geschaut. Man muss sich das jetzt genau anschauen, muss die Sache angehen und mit durchgehen. Deshalb ist es natürlich auch an der Zeit, Dinge zu hinterfragen, warum wir das haben müssen.

Meine Fraktion hat schon - es ist jetzt in der Prüfung drin - die Trockenvergärung angesprochen. Wir sehen es nicht, dass wir das brauchen. Aber wir werden es hier im Gemeinderat noch öfters diskutieren können und können dann sagen: Was wollen wir haben, was wollen wir nicht haben. Eines ist klar: Im Endeffekt geht nur das, was möglich ist. Frau Kollegin Luczak-Schwarz hat gesagt, unser Haushalt und unsere Pro-Kopf-Verschuldung sind okay. Aber nichtsdestotrotz, wir haben auch einige Sachen ausgelagert in eigenständige Gesellschaften. Das muss man sich natürlich auch anschauen. Unter diesem Hintergrund ist es dann schon nicht mehr - der Kollege Dr. Fischer hat es einmal angesprochen - so zu sehen, wie es jetzt hier steht. Man muss das dazurechnen. Dann sieht die Sachlage schon etwas anders aus.

Wir von der FDP-Fraktion danken für die Vorlage. Wir haben uns das ausführlich durchgelesen. Es sind Dinge drin, die wir hier im Gemeinderat demnächst besprechen müssen. Es sind aber auch Dinge drin, denen wir nicht ausweichen können. Deshalb danke an die Verwaltung für die Vorlage. Wir freuen uns, den nächsten Doppelhaushalt mit Ihnen zusammen zu gestalten.

(Beifall bei der FDP)

Stadtrat Dr. Fischer (KAL): Vor welchen Randbedingungen diskutieren wir diese Vorlage? Da wäre: Karlsruhe ist eine wohlhabende Stadt. Karlsruhe hat einen gesunden

Haushalt. Karlsruhe hat Jahr für Jahr Schulden abgebaut. Das wiederum heißt, Karlsruhe hat Jahr für Jahr Überschüsse erzielt aus dem Haushaltswesen. Ein Vorgang, den alle Bundesländer und der Bund seit Jahren vorhaben, aber noch nie geschafft haben. Unter den größeren Städten in Deutschland gibt es vielleicht 10, die es in den vergangenen Jahren mal geschafft haben, strukturell einen Gewinn aus dem Haushalt zu erzielen und aus dieser freien Spitze dann auch investieren konnten.

Das klingt jetzt nach wunderbaren Zeiten, aber da muss ich sagen: Es kann sein, dass wir in Zukunft von diesem Inselleben weg kommen müssen. Das liegt dann im Wesentlichen an den von Kollegin Luczak-Schwarz schon genannten höheren Aufwendungen, einerseits der Personalblock und andererseits die Transferaufwendungen, die insbesondere bei Sozialem und Kultur möglicherweise zu einem strukturellen Defizit führen würden, es sei denn, das Konnexitätsprinzip wird zukünftig von Bund und Land anders behandelt.

Vor diesen Randbedingungen sind meine Bemerkungen zu sehen. Diese Liste ist eine Ansammlung. Sie ist - Herr Oberbürgermeister, Sie haben das auch deutlich gemacht - keine klare, verbindliche Liste, was gemacht wird. Ganz wichtig, damit es nicht in der Öffentlichkeit heißt, "Die sind ja wahnsinnig." In dem Zusammenhang ist natürlich klar: Es gibt Pflichtaufgaben und es gibt Wünschenswertes. Natürlich haben die Pflichtaufgaben - ich denke, da ist sich das ganze Haus einig - Vorrang.

Jetzt kommt eine Position meiner Fraktion. Meine Fraktion ist vor diesem Hintergrund bereit, in Zukunft, wenn dieses strukturelle Defizit tatsächlich kommen sollte, für Pflichtaufgaben Kredite aufzunehmen. Aber wir sind nicht bereit, für Wünschenswertes Kredite aufzunehmen. Das hat auch etwas mit der generationengerechten Finanzpolitik zu tun, die zwei Säulen hat. Die eine Säule ist: Man darf der nachfolgenden Generation nicht beliebig hohe Schulden hinterlassen. Die zweite Säule ist - Kollegin Baitinger hat es sagt -: Wir dürfen unserer nachfolgenden Generation keine marode Infrastruktur hinterlassen. Unter Infrastruktur sind auch Schulen zu verstehen, sind Kanäle zu verstehen, sind Straßennetze zu verstehen. Die haben nun einmal dann Vorrang vor Wünschenswertem. Ich komme auf das Thema Wünschenswertes nachher noch einmal zurück.

Das nächste ist: In dieser Liste gehört unbedingt eine Spalte eingefügt "Folgekosten und Folgeeinnahmen". Ich habe nicht umsonst beim Staatstheater mit wehem Herzen so deutlich darauf hingewiesen, dass wir bei solchen großen Investitionen wissen müssen, was die Folgekosten sind. Bei manchen anderen Investitionen wären auch Folgeeinnahmen möglich.

Frage von meiner Fraktion: Was ist jetzt mit Ideen und Projekten, die noch nicht in der Liste stehen? Wir hatten schon einmal eine Liste angefangen. Wenn jetzt z. B. die alte Feuerwache aufgegeben wird, werden wir - egal was dort passiert - Geld in die Hand nehmen müssen, um diese Feuerwache umzugestalten. Das werden bestimmt nicht nur 3,50 € sein, sondern da können wir dann sechs Nullen dran machen. Kurz und gut, auf jeden Fall muss dieses Projekt mit drauf.

Nicht nur für meine Fraktion - hoffe ich - ist klar, dass sich das Thema "KONS in die Gartenhalle" erledigt hat, aufgrund des Ergebnisses des Wettbewerbs und wie teuer

sich das darstellt. Es bestätigt unsere Haltung, aber dann muss man darüber nachdenken, was macht man sonst, was kostet das? Das gehört auch in diese Liste hinein. Wir werden mit einer Liste auf Sie, Herr Oberbürgermeister, zukommen. Eine Liste mit Sachen, die alle hier schon diskutiert wurden.

Es gibt auch positive Nachrichten, z. B. haben wir heute schon - und werden es auch nachher machen - die Liste verbilligt. In der Liste steht die Südumfahrung Hagsfeld noch mit 80 Mio. € drin. Jetzt haben wir es schon auf 65 Mio. € heruntergedrückt. Andererseits haben Sie, Herr Oberbürgermeister, vorhin erklärt, Sie wollen auf die Zuschüsse ein zweites Mal verzichten. Dann wäre es schon wieder teurer für uns.

Der zweite Punkt ist, nachher werden wir die Sprinkleranlage für das ZKM vergeben. Die steht hier noch mit 3 Mio. € drin. Wir werden sie mit 1,8 Mio. € vergeben. Also haben wir das auch schon wieder 1,2 Mio. € billiger gemacht.

(Zuruf **Stadträtin Luczak-Schwarz/CDU**)

Ich sehe es wie Sie, Herr Oberbürgermeister, in nichtöffentlicher Sitzung - da müssen wir die Strukturkommission nutzen - müssen wir darüber reden, was zu priorisieren ist. Diese Priorisierung muss aus Sicht meiner Fraktion eine atmende Priorisierung sein, sprich: Wir müssen die Möglichkeit haben, bei neuen Erkenntnissen, z. B. ein Zuschussangebot, die Prioritätenliste zu verschieben, dass wir uns an neuen Erkenntnissen orientieren.

Was diese Liste nicht hergibt - kann sie auch nicht, das ist kein Vorwurf, nur eine Tatsache -, sind einschränkende Randbedingungen, die uns bei Ausgaben, bei Investitionen binden. Ich möchte das Beispiel Wildparkstadion nennen. Es ist mittlerweile klar, dass das Wildparkstadion nur dann entstehen kann, wenn wir von dem zukünftigen Nutzer eine faire, gerechte Miete verlangen. Das erwartet die EU von uns, das erwartet das Regierungspräsidium von uns. Diese Miete ist übrigens noch höher als die, die ich in diesem Saal vor vier Monaten genannt habe. Sie geht in die Millionen. Das heißt, da sind auch Investitionen drin, die einfach von Randbedingungen abhängen, die wir so einfach nicht verändern können, typischerweise vom Gesetzgeber oder von sonstigen gesetzlichen Bestimmungen.

Ein letztes: Meine Fraktion ist der festen Überzeugung und plädiert dafür, wenn wir uns Wünschenswertes leisten, also nicht Pflichtaufgaben, dann keine Karlsruher Lösungen mehr,

(Vereinzelter Beifall)

kein Heruntersparen, um nachher im Lebenszyklus mehr Geld auszugeben. Ich sehe mich bestätigt. Ich hatte gestern die Chance, zusammen mit Bürgermeister Obert und einigen Mitgliedern des Hauses, das neue Exotenhaus zu besichtigen. Ganz sicher eine Investition, die nur als Wünschenswertes und nicht als Pflichtaufgabe bezeichnet werden kann. Es hat sich gezeigt, dass es sinnvoll war, nicht die Karlsruher Lösung zu wählen, sondern die starke und gute Lösung.

(Beifall bei der KAL)

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Kollegin Luczak-Schwarz stimme ich in einem Satz zu: Karlsruhe ist eine reiche Stadt. Ich widerspreche aber der doch etwas negativen Darstellung des Kollegen "Ebi" von der KAL. Es ist einfach so: Wir haben viel Geld. Das sieht man auch an diesen Unterlagen. Ich bedanke mich für diese Unterlagen, Herr Oberbürgermeister. Transparenz ist wichtig. Nur dann können wir über echte Zahlen sprechen.

Was haben wir uns alles geleistet? Eine Verdoppelung der Kosten der U-Strab. Jetzt sind wir bei knapp 870 Mio. €. Wir werden bis zum Doppelhaushalt sehen, welche Zahl uns dann vorliegt, was sie kosten wird. Meine Prognose noch vor dem Bürgerentscheid war, dass wir die Milliarde knacken werden. Ich habe auch versucht, es ein bisschen hochzurechnen und zu vergleichen aufgrund meiner bestimmten Erkenntnisse zu dem Thema, aber auch von Stuttgart 21. Das hatte mit 3 Mrd. DM angefangen und ist jetzt bei 7 Mrd. € gelandet. Wir wissen, wie solche Prozesse laufen. Ich bin froh über diese ehrlichen Zahlen. Sie werden aber steigen. Wir sollten, auch wenn wir eine reiche Stadt sind, sehr vorsichtig mit solchen weiteren Projekten umgehen.

Die Messe ist schon genannt worden. Wir ergänzen zu den 13 Mio. € Verlust jetzt noch die nötigen Investitionen von 17 Mio. €, die da sind. Also die Kosten sind eigentlich noch höher. Nach wie vor möchte ich betonen, dass wir Abstand nehmen sollen, nach 2015 die Subvention - diese 1,3 Mio. € - für den Flughafen zu erneuern. Dieses Geld können wir woanders einsetzen.

Ich kann es mir auch nicht verkneifen, es ist mehrfach hier genannt worden: Jetzt haben wir solche Verluste, solche Projekte. Jetzt wollen wir schon wieder diese 120 Mio. €, selbst wenn noch ein paar Euro von jemandem dazu kommen, für das Fußballstadion, für den Profisport ausgeben. Ich möchte nur einmal folgende Zahl - -

(Zuruf **Stadtrat Dr. Maul/SPD**)

- Herr Kollege Dr. Maul, hören Sie doch einfach einmal zu. Ich weiß, der Ball ist rund, Herr Dr. Maul. Aber trotzdem, hören Sie einmal zu.

(Weiterer Zuruf **Stadtrat Dr. Maul/SPD**)

Der KSC braucht dieses Stadion vielleicht für etwa 20 Spieltage im Jahr. Das Jahr hat 365 Tage. Wer übernimmt denn die Kosten für die 336 Tage? Die Stadt Karlsruhe. Was wird da drin gemacht? Vielleicht dürfen noch ein paar andere darin herumlaufen. Die gesamte Tribüne wird aber nicht mehr gebraucht. Das sind doch immense Kosten. Jetzt gibt es woanders die Allianz-Arena, wo andere investieren. Ich werde aber auf jeden Fall dann noch Vorschläge machen, Herr Oberbürgermeister, wie man vielleicht doch noch zu Sponsoren kommen kann. Ich bin der Meinung, wir sollen alles versuchen und alles tun, möglichst viele externe Finanzierer dazuzunehmen. Es ist nicht korrekt, so eine große Summe aus der Stadtkasse zu bezahlen.

Nachher - wie Kollege Dr. Fischer schon angedeutet hat - sagen wir bei vielen Projekten: Nicht alle Wünsche, nicht alle Wünschen, nicht alle Wünsche. Ich weiß genau, welche Wünsche am Ende den Bach runter gehen. Ich kenne unseren Gemeinderat seit 15 Jahren. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns doch in der Zukunft etwas konservativer mit diesen Großprojekten umgehen als in den letzten 15 Jahren, und die anderen Projekten, die wir nicht ganz so heftig und doll gefördert haben, jetzt besser fördern. Die Kostenkontrolle, die Kollegin Baitinger gefordert hat, sollen wir nicht immer bei den sozialen Projekten fordern und bei den anderen so tun, als ob wir sie fordern und sie dann unkontrolliert geschehen lassen. Das war eine Unterstützung, Frau Kollegin Baitinger.

(Zuruf **Stadträtin Baitinger/SPD**)

- Nur beim Bauen. Da haben wir uns am meisten verkalkuliert.

Stadtrat Wenzel (FW): Ich danke der Verwaltung, vor allem der Kämmerei, für die Veröffentlichung und Offenlage der Auflistung des Investitionsbedarfs für die Jahre 2015 - 2025.

Wir Freien Wähler sehen darin ein Hilfsmittel, das den Investitionsbedarf über Jahre offen legt, sowohl für den Kernhaushalt als auch für die Gesellschaften. Denn die sehe ich als untrennbar an. Wir werden mit Weitsicht handeln müssen, damit sich die Schere zwischen notwendigen Investitionen und zu erwartenden Finanzmitteln weiter schließt.

Unsere Stadt muss einen hohen sozialen Standard halten - da stimme ich mit all meinen Vorrednern überein - und gleichzeitig die vorhandene Infrastruktur erhalten. Denn auch Infrastruktur kostet Geld. Bei Neuinvestitionen muss mehr als bisher auf Kosten-Nutzen-Rechnungen mit Folgekostenberechnung geachtet werden. Ein Augen-zu-und-durch, wie bei der Kombilösung, darf es nicht mehr geben. Ein Projekt mit dieser Dimension und Kostensteigerung - wir haben es gehört - von knapp 500 Mio. € auf derzeit fast 900 Mio. €, wie auch einer Explosion der Kosten des Eigenanteils der Stadt, sollte uns auch für die Zukunft Vorsicht lehren.

Ich denke, da ist diese Vorlage genau richtig. Nutzen wir die Vorlage zur Erkenntnis, uns auf das Notwendige und Unantastbare zu konzentrieren, wie Klinikum, Sanierung von Schulen, Schaffung von Wohnraum, sowie Maßnahmen zur Generationengerechtigkeit, und üben uns - das haben Sie auch gehört von den Vorrednern - in Selbstverzicht bei Prestige- und Wunschobjekten.

Ich danke nochmals für dieses Stück Transparenz, das uns für zukünftige Entscheidungen weitergeholfen hat.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Das Schöne ist, wenn man wenig oder kein Geld hat, dann überlegt man sich genau, wozu man es ausgibt. Insofern sind solche Momente gute Momente für ein Parlament, für uns alle, um darüber nachzudenken, wofür uns der Steuerzahler das Geld gibt. Ich kann mich sehr gut erinnern, dass wir das letzte Mal mehrfach dem Steuerzahler dafür gedankt haben, dass er uns das Geld zur Verfügung stellt.

Die Kriterien sind wichtig. Wofür setzen wir das Geld ein? Frau Baitinger hat mit Recht gesagt, dass es Parteiunterschiede gibt. Aber ich glaube, wir müssen uns sehr genau überlegen, nicht: können wir es uns leisten, sondern: wozu brauchen wir es denn? Welchen Effekt soll es haben? Das sind die wichtigeren Kriterien, als nur der Faktor Geld.

Ich möchte zu den Einnahmen ein paar Dinge sagen. Mir gefällt, dass die Stadtverwaltung konservativ, eher vorsichtig denkt und nicht die Sondereffekte, die wir die letzten Jahre hatten, von vornherein einrechnet. Wenn wir die haben, können wir uns alle freuen. Wenn sie nicht kommen, haben wir Probleme. Deswegen an dieser Stelle mein Dank an die Verwaltung. Wir müssen bedenken, dass die Einnahmesituation schwieriger wird, da die KVV nicht mehr die Erträge bringt wie in den vergangenen Jahren. Die Erwartung ist, dass eher Probleme und Schuldenübernahme auf uns zu kommen. Wir haben die Konjunktur ebenso wenig im Griff wie andere Dinge. Also ist angesagt, dass wir uns vorsichtig an die Sache herantasten.

Zu den Ausgaben: Wir haben das Neue Kommunale Haushaltsrecht. Da gebe ich zu bedenken - das hat von meinen Vorrednern noch keiner gesagt -, dass wir auch die Abschreibungen für die Investitionen, beispielsweise für neue Gebäude, erwirtschaften müssen. Wir können uns nicht leisten, wie früher einfach Dinge zu bauen und sie dann nicht mehr instand halten zu können. Ich möchte daran erinnern - das hat Ebi Fischer gerade auch erwähnt -, wenn die neue Feuerwache erstellt sein wird, warum müssen wir dann die alte ertüchtigen? Warum können wir sie nicht verkaufen? Wir müssen schauen, dass wir unseren Bestand nicht ständig weiter aufblasen. Wir müssen eher auf Reduktion schauen. Wo können wir die Stadtverwaltung, den Gebäudebestand verschlanken und damit auch unsere Kosten geringer halten?

Ich möchte ein kurzes Fazit ziehen. Eine unserer wichtigsten Aufgaben wird sein: Streichen, Schieben, Priorisieren. Und wahrscheinlich nicht in geringem Maße. Wir werden uns begrenzen auf das, was wirklich wichtig ist.

Erste Bürgermeisterin Mergen: Ich möchte auf einige Punkte noch einmal kurz eingehen.

Frau Stadträtin Lisbach, Sie hatten gebeten, dass wir noch einmal drei Aspekte verstärkt mit aufnehmen.

Zum einen die Folgekostenberechnung. Das werden wir tun. Aber, da pflichte ich Frau Stadträtin Baitinger bei, es ist nicht ganz einfach, jetzt pauschal über alle Projekte Folgekosten zu berechnen. Nehmen Sie das Wildparkstadion. Es gibt auch taktische Zahlen. Schreiben wir die Worst-case-Variante hinein oder die Best-case-Variante? Welchen Beitrag wird der KSC zahlen können? Da merken Sie schon, dazwischen klaffen große Lücken. Am Ende des Tages hilft es bei der Entscheidungsfindung nur bedingt. Was wir immer tun, das tun wir seit vielen Jahren, ist, vor der Einbringung in den Haushalt im Rahmen der kostenkontrollierten Planung dann auch wirklich die Folgekosten so gut als möglich zu berechnen. Ich denke, das hilft uns sehr bei der Frage: Wie viel kann man sich in welchem Zeitraum leisten?

Ihr zweiter Vorschlag war, den dynamischen Haushalt weiterzuentwickeln. Auch hier haben wir in den vergangenen Jahren schon sehr intensiv daran gearbeitet, nicht zuletzt mit der Umstellung auf den Doppelhaushalt. Aber auch im Zuge der Umstellung des Haushaltsrechnungswesens haben wir die Freiheit, sowohl innerhalb der Verwaltung als auch gemeinsam mit Ihnen über die Offenlagen sehr wohl Umschichtungen vorzunehmen. Wenn wir erkennen, dass bestimmte Vorhaben nicht so schnell ablaufen, schichten wir in nicht unerheblicher Größenordnung Millionen um und haben auch schon in den vergangenen Jahren teilweise außerordentliche Konjunkturprogramme aufgelegt, wenn beispielsweise außerordentliche Bundesmittel fließen. Da sehe ich schon, dass wir auf einem sehr guten Wege sind. Aber wir sind natürlich offen, auch weitere Aspekte eines dynamischen Haushalts einzubeziehen.

Zum Dritten plädieren Sie für einen stärkeren Benchmark, also bessere Lösungen zu günstigeren Kosten zu suchen. Auch dieses tun wir seit vielen Jahren und haben u. a. aufgrund des Benchmarks bestimmte Dinge nicht gemacht, die in anderen Städten durchaus propagiert wurden. Das waren PPP-Modelle, wo wir ganz bewusst gesagt haben, nein, die bergen große Risiken. Oder nehmen Sie "Sale & lease back", die übrigens ein grüner Kämmerer in Frankfurt damals sehr offensiv verkauft hat. Wir haben es nicht gemacht aufgrund von Benchmark. Aber auch hier sind wir offen, dieses immer im Blick zu behalten.

Herr Stadtrat Hock, Sie hatten darauf hingewiesen, dass wir auch die städtischen Gesellschaften im Blick behalten müssen. Ja, sicherlich, deswegen umfasst diese Liste auch die städtischen Gesellschaften, auch die Herausforderungen, die kommen. Aber bitte halten Sie auch zugute, dass wir in Karlsruhe bestimmte Bereiche immer noch im Kämmererhaushalt haben, beispielsweise den Bereich der Abfallwirtschaft oder der Stadtentwässerung oder auch den Zoo. Es gibt fast keine Stadt dieser Größenordnung, die diese Bereiche noch im Kämmererhaushalt hat. Die anderen haben das in den 90er Jahren alles ausgelagert. Das haben wir aus gutem Grund nicht getan. Unsere Bilanz sieht auch in dem Punkt noch besser aus, als im Benchmark mit anderen Städten.

Frau Stadträtin Baitinger, Sie sagen, Haushaltsreste sind sehr hoch. Ja, das haben wir in der Haushaltsstrukturkommission auch sehr deutlich gemacht. Ich möchte jetzt etwas süffisant sagen, was wir einmal in einer Vorbesprechung behauptet haben: Wir haben so viele Haushaltsreste, dass nach der Erfahrung der letzten Jahre die gerade so viel sind, wie wir in einem Jahr verbauen können. Sie könnten es sich einfach machen im Gemeinderat und sagen: Im Jahr 2015 stellen wir nur einen einzigen Euro ein und trotzdem wird in Karlsruhe weiter gebaut wie verrückt. Es wird keiner merken, dass wir keinen zusätzlichen Euro eingeplant haben. Aber ich mache mir keine Illusionen. So leicht werden Sie uns im nächsten Haushalt nicht davon kommen lassen. Aber, in der Tat, behalten Sie die Haushaltsreste bitte sorgfältig im Blick.

Frau Stadträtin Luczak-Schwarz, Sie haben gesagt, wir haben einen gesunden Haushalt. Auch andere haben es angesprochen. Bei aller Schwierigkeit, diesen ganzen Haushalt immer zu verstehen, lenken Sie Ihren Blick bitte nur auf zwei Zahlen, auch in den künftigen Jahren. Wir haben ein Anlagevermögen, was ständig wächst, auch in den letzten Jahren. Wir sind immer vermögender geworden, was das Anlagevermögen angeht, also Häuser, Gebäude, Maschinen, Anlagen etc. Gleichzeitig haben wir die Verschuldung

zurückgefahren. Wenn Sie diese Bilanz immer wieder neu ziehen können, dann wissen Sie, es sind gute Investitionen. Es ist ein gesundes Wachstum. Ich wünsche, dass das in den nächsten Jahren auch so bleibt.

Der Vorsitzende: Lassen Sie mich noch drei Bemerkungen anfügen:

Es kam die Kritik, "lieber spät als nie." Ich möchte einfach nur noch einmal deutlich machen: Die ersten Zahlen dieser Liste sind am 02.10. schon in der Strukturkommission vorgelegt worden. Sie hatten sie dann alle ab 04.12. auch schriftlich auf dem Tisch liegen. Mehr hatte ich Ihnen auch nicht versprochen. Dass wir die fachliche Diskussion dann erst in diesem Jahr führen konnten, hatte auch etwas mit Terminfindungsschwierigkeiten und anderen Dingen zu tun.

Das Zweite. Ich möchte noch einmal deutlich machen, wenn wir Kredite aufnehmen, müssen wir die Schulden trotzdem abzahlen. Denn allein niedrige Zinsen machen noch keine wegfallenden Finanzierungen. Trotzdem lassen Sie es mich an einem Beispiel sagen: Man hätte vor einigen Jahren deutlich besser daran getan, trotz schlechterer Haushaltssituation beispielsweise Schulden zu machen, um dieses Rathausgebäude hier einmal umfassend generalzusanieren,

(Vereinzelter Beifall)

statt dann immer hinterher zu bauen. Was wir im Moment zum Teil an Unkosten haben, einfach nur um den Betrieb des Rathausgebäudes sicherzustellen, ohne dass damit ein Stück Substanz verbessert würde, hätte das jetzt schon gut amortisiert und sicherlich im Verhältnis mit den Schulden gut dargestellt.

Eine dritte Bemerkung noch, die mir ganz wichtig ist: Herr Dr. Fischer, Sie hatten gesagt, ich wollte bei der Südumfahrung von Hagsfeld auf die Zuschüsse verzichten. Das habe ich nie behauptet. Ich habe nur gesagt, es kann am Ende eine Entscheidung auf Sie zukommen, dass Sie, obwohl wir keine Zuschüsse erwarten können in absehbarer Zeit, dann vor der Entscheidung stehen: Machen wir es, eventuell dann auch alleine nur aus kommunalen Mitteln. Dieses Risiko besteht. Das muss Ihnen bei der Beschlussfassung, die sich nur auf die Variante 1 b reduziert, einfach klar sein. Das habe ich gesagt. Ich würde nie auf irgendeinen Zuschuss verzichten, der nur irgendwo in erreichbarer Nähe dort draußen herumläuft. Das können Sie mir glauben. Das wäre auch kein verantwortungsvoller Umgang mit dem Geld und auch meiner Rolle.

Dann kommen wir zur Entscheidung, und ich darf Sie um das Kartenzeichen bitten. Herzlichen Dank, das ist einstimmig.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
6. Mai 2014